

ARGUMENT-Editorials: Die ersten zehn Jahre

Inhalt

Tatsachen – was weiter? (1959)

Zur neuen Aufmachung (1961)

Emanzipation der Frau (I) – Zur Einleitung (1962)

Emanzipation der Frau (I) – Anmerkung zur 3. Auflage (1966)

In eigener Sache (1966)

Zur Diskussion um Faschismus und Kapitalismus (1968)

Zum Einmarsch der Armeen des Warschauer Pakts in die ČSSR (1968)

*

Tatsachen – was weiter?

Editorial zu *Argument* 1, 1. Jg., 4. Mai 1959

Eine Drohung, Selbstmord zu begehen,
ist keine vernünftige Verteidigungspolitik.
The Times (London), 25.2.1959

Die Wahrheit spricht für sich -- steht als Motto über der Monatszeitschrift "Atomzeitalter", die von Rolf Schroers herausgegeben wird. Uns scheint dieser Satz zu schön, um wahr zu sein: 13 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki schlummert die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in offener Ahnungslosigkeit und Indifferenz ihrem "Schicksal" entgegen. Dabei sind viele fundamentale Tatsachen der neuen Wirklichkeit längst zu gängigen Begriffen geworden: Kernspaltung, Radioaktivität, Strontium 90 -- das sind Begriffe, die bereits zur Allgemeinbildung gehören. Die volle Tragweite der neuen Wirklichkeit aber, das *wesentlich Neue*, ist einem großen Teil der Menschheit noch nicht bewusst geworden.

In seinem berühmt gewordenen Brief von 1953 fordert Albert EINSTEIN:

"Wir brauchen eine neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll."

In den darauf folgenden Jahren haben die bedeutendsten Wissenschaftler, Theologen, Philosophen und Dichter überall auf der Welt immer wieder gewarnt, gemahnt, beschwört. Die Wahrheit hat viele Stimmen gefunden, die für sie sprachen -- mit welchem Erfolg?

Albert Schweitzer hat man die finanzielle Unterstützung entzogen und

schweigt ihn seither mit Erfolg tot; der führende amerikanische Strahlengenetiker und Nobelpreisträger Professor Muller erhielt Redeverbot bei der ersten Genfer Atomkonferenz; der Berliner STUDENTENKONGRESS GEGEN ATOMRÜSTUNG wurde mit Hilfe der Unterwanderungsthese gerufmordet; Karl Jaspers dagegen, mit dessen Buch *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen* man zufrieden war, erhielt den Friedenspreis.

Die Diskussion über die neue Wirklichkeit aber darf nicht verstummen, zu allerletzt an der Universität, zumal einer Freien!

Deshalb rufen wir alle Studenten auf, mit uns nach Wegen neuen politischen Denkens zu suchen. Arbeiten Sie mit am Argument! Schreiben Sie uns Ihre Argumente, argumentieren Sie mit uns, auch wenn Sie nicht unserer Meinung sind.

Zu der neuen Aufmachung

Editorial zu *Argument* 19, 3. Jg., 1961, Juli-August

Mit dem vorliegenden Heft präsentiert sich DAS ARGUMENT in verbesserter Aufmachung. Dies ist dadurch möglich geworden, dass Christof Müller-Wirth, ein junger gelernter Verleger, Doktor der Volkswirtschaft, die verlegerische Leitung des ARGUMENT übernommen hat. Wir begrüßen ihn herzlich als neuen Mitarbeiter in unserem Team und freuen uns besonders, dass in Zukunft dank seines Eingreifens die Lesbarkeit und die Verbreitung unserer Argumente erheblich besser sein werden.

Nun werden manche Leser befürchten, dass das seriöse Äußere das Anzeichen der Kommerzialisierung unseres Unternehmens ist. Diese Befürchtung ist unbegründet. Unser Unternehmen bleibt ein politisches, das seinen Zweck außerhalb seiner selbst hat und wofür DAS ARGUMENT nichts ist als ein Mittel unter anderen. DAS ARGUMENT will weiterhin keine Ware sein, sondern eine Waffe.

Emanzipation der Frau (I) - Zur Einleitung

Editorial zu *Argument* 22, 4. Jg., 1962, H. 3

Ziffel: >... ich bin für ein
Land, wo es einen Sinn
hat, unkeusch zu sein.<
Brecht, *Flüchtlingsgespräche*

Staat und Gesellschaft treten, hierzulande mit dem Anspruch auf, alte Hoffnungen der Frauen auf Emanzipation erfüllt zu haben. In der Tat: nach geltendem Recht sind die Frauen den Männern gleichgestellt; grundsätzlich stehen den Frauen alle Möglichkeiten offen, in der Ökonomie so sehr wie an der Universität oder in der Politik. Auch sexuelle Tabus haben ihre Macht weitgehend verloren. Es scheint, als sei die Frau politisch wie gesellschaftlich, ökonomisch wie sexuell soweit als möglich emanzipiert.

Es ist wahr: die Frauen haben insgesamt noch sehr wenig mitzureden; an der Universität sind sie eher geduldet, es gibt unseres Wissens nicht eine einzige ordentliche Professorin an den Hochschulen der Bundesrepublik; in der Industrie bevölkern die Frauen die Fließbänder und die Vorzimmer; für gleiche Arbeit verdienen sie immer noch 30% weniger als Männer. Wo solche Ungleichheit fortbesteht, gibt man den Frauen selber die Schuld: sie seien interesselos oder irrational, oder sie wollten gar nicht aus den autoritären Fesseln der patriarchalen Familie heraus — die ja zugleich sehr angenehm sind, indem sie einen der mühseligen Selbstverantwortung entheben. Ähnlich spricht man in den USA, um die Klassenstruktur der Gesellschaft in Abrede zu stellen, von den Unteren, den >Massen<: >wenn sie wollten, könnten sie ja alle aufsteigen; sie wollen bloß nicht.< So ist der allgemeine Tenor: Die Frau wolle es nicht anders, und die Frage nach ihrer Befreiung, die

„Frauenfrage“, sei heute hoffnungslos veraltet.

II

>Veraltet ist stets nur, was misslang<, sagt Adorno, >das gebrochene Versprechen eines Neuen<¹. Viele Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die reale Misere ist nicht kleiner geworden, hat sich bloß neu verkleidet. Dafür sind die Hoffnungen auf Befreiung und mit ihnen das Moment von fortschrittlicher Unruhe in der Gesellschaft erloschen. Wenn die Intellektuellen relativ die größte Chance auf Selbstbefreiung und Selbstverwirklichung in unserer Gesellschaft haben, so ist die Lage der Studentinnen symptomatisch: nach wie vor werden sie an der Universität als Wesen zweiter Klasse behandelt und verstehen sich oftmals selbst so — ein Zeichen ihrer Resignation. Viele von ihnen bringen es nicht zu realer Selbständigkeit, — wenn es auch ein Tendenzmärchen zu sein scheint, dass sie es weniger häufig als ihre männlichen Kommilitonen zu einem erfolgreichen Abschluss ihres Studiums bringen.

Es sieht so aus, als könnte intellektuelle Leistung der Studentinnen in vielen Fällen nur durch Verzicht auf Glücksfähigkeit erkaufte werden, was wiederum der Leistungsfähigkeit Abbruch tut. In den wissenschaftlichen Seminaren bieten die Studentinnen oft ein noch weniger überzeugendes Bild als ihre männlichen Kollegen. >Der Mann stellt tatsächlich heute das Positivum und das Neutrum, d.h. das Mann- und das Menschen-Wesen dar, während die Frau nur das Negative, das Weib ist<². Der Frau wird zugemutet, sich selbst aufzugeben, wenn man sie in eine >männliche< Welt emanzipiert. Es kommt zum lähmenden Konflikt zwischen der ‚männlichen‘ Rationalität von

¹ *Minima Moralia*, Frankfurt 1951, S. 164.

Herrschaft und Leistung und dem Anspruch auf Erfüllung.

Fast übermächtig schreibt die Gesellschaft als ‚weibliches‘ Glücksmodell das Nachgeben vor, das Zurückfallen hinter den Anspruch der Leistungsrationalität. Für die Frau soll Leistungsverzicht die Alternative zu Frustration sein. Verzicht auf Leistung meint aber Verzicht auf Autonomie, meint soziale Inferiorität.

III

Familiäre und religiöse Erziehung und die viel mächtigeren, zeitgemäßen Medien der Kulturindustrie, unterstützt durch diskriminierende Gesetzgebung (z.B. § 218) und Unterdrückung von Sexualaufklärung arbeiten auf einen Typus von Sexualität hin, der patriarchalisch autoritär ist, d.h. ein Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern herzustellen trachtet, bei dem die Frau sich dem Manne zu unterwerfen hat. Dieser hierarchischen Unterscheidung der Geschlechter entspricht in jedem einzelnen Individuum >eine Aufspaltung und eine Verstümmelung der Psyche, die verhängnisvoll über ihre gesamte Entwicklung entscheiden<.³ Der vom Leistungsprinzip geprägte ‚männliche‘ Teil der Psyche, das bewusste und autonome Ich reglementiert und zensiert als Instanz der Selbstbeherrschung quasi autoritär das eigene Bewusstsein und gibt die Direktiven für die Beziehung zu Welt und Mitmensch. Verdrängt ins Unbewusste oder ins Reich der bloßen Fantasie, bleibt der unterdrückte, ‚weibliche‘ Teil der Psyche als unterdrückter frei von der lustfeindlichen Kontrolle des Leistungsprinzips, — >um den Preis, machtlos zu werden, inkonsequent, unrealistisch<⁴, wie die ‚unlogische‘,

² Simone de Beauvoir. Das andere Geschlecht. S. 636.

³ Herbert Marcuse, Eros und Kultur, Stuttgart 1957, S. 140.

⁴ Ebd.

„kapriziöse“, „triebhafter“ Frau nach dem in der Gesellschaft herrschenden Stereotyp. So widerfährt die Verstümmelung, die der Frau angetan wird, auch dem Mann. Und die Psychoanalyse bestätigt, was schon Charles Fourier wusste: >Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation<.

IV

In der Tat ist die Misere der Studentin, von der in den beiden *Argument-*Heften zur Emanzipation der Frau so viel die Rede sein wird, auch die Misere des Studenten. Wenn beim Klassenantagonismus die immense Vorteilhaftigkeit der Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse die Tatsache verdeckt, dass das Elend der gesellschaftlichen Entfremdung *mutatis mutandis alle* trifft, so ist es beim Geschlechterverhältnis im Zustand der verkündeten Freiheit und Gleichheit vollends offenbar: die Repression trifft beide Parteien, weil sie an sich in unversöhnlichem Gegensatz zu Freiheit und Glück steht.

V

Hinter der Glätte der Fassaden der Universität verkommen viel mehr, als bekannt wird. Es ist zu wenig Platz da: zum Studieren wie zum Aufstieg in die wissenschaftliche Laufbahn. Daher kehrt oftmals der härteste Existenzkampf in veränderter Gestalt wieder. Die Arbeit an wissenschaftlichen Instituten verstrickt in einen Dschungel von Intrigen. Nur ein kleiner Teil der Studierenden kann reüssieren, und der Erfolg ist vergiftet von dem hohen Preis, der für ihn zu bezahlen war. Weil potenziell jeder gegen jeden steht, kommt es kaum zu Solidarität zwischen den konkurrierenden >Kommilitonen<. Der Unsolidarität entspricht die Sprachlosigkeit der

Zustände. Wo nicht protestiert wird, wo keine Vorstellungen von der Veränderung der Zustände im Gespräch sind, da sind die Verhältnisse aussichtslos. Nichts ist verheerender und mehr von Verheerung zeugend als das zeitgemäße Schweigen an der Universität.

VI

Wenn aber das Fazit der Erfahrungen >aus dem beschädigten Leben< so düster ist, warum dann diese Veröffentlichung? Haben wir einen Ausweg zu eröffnen? Oder haben wir zu der Situation der Glücklosigkeit nichts hinzuzufügen als ein verstärktes Bewusstsein der Glücklosigkeit? Was hülfe es, wenn es uns gelänge, der Situation der Repression das Bewusstsein der Repression hinzuzufügen, wenn wir doch unfähig sind, einen heute und hier gangbaren Weg zur Aufhebung der Repression zu weisen? In der Tat verfügen wir über kein Patentrezept: Aber wir sehen eine Aufgabe darin, gegen die Sprachlosigkeit des verheerten Bewusstseins anzusprechen. Wir hängen der Überzeugung an, dass ein pathogener Zustand, wo seine Entstehung in ihren Zusammenhängen bewusst wird, schon weniger überwältigend ist.

Wenn die Frage nach der Situation der Frau und nach dem Verhältnis der beiden Geschlechter im Allgemeinen tabuiert ist, so ihrer Nähe wegen zu gesellschaftskritischem Denken überhaupt, in das sie, konsequent gefragt, ja auch tatsächlich übergeht. Weil nach allgemeinem, mit unerhörtem sozialen Druck sich durchsetzendem Konsensus jede vernünftige gesellschaftsverändernde Praxis des Teufels ist, sieht sich kritisches Denken, Denken überhaupt, vom Praxisverbot gelähmt.

Für die Kritik an der Verdummung und Unterdrückung der Frau ist ein Weg zu verändernder Praxis möglich, wenn es auf ihm auch gegen die heiligen

Fluten des Konservatismus zu schwimmen gilt: denn Freiheit und Gleichheit der Frauen sind, wenn auch nicht erfüllte Realität, so doch geltendes Recht.

W.F.H.

Emanzipation der Frau (I) – Anmerkung zur 3. Auflage (1966)

Seit der Redaktion dieses Heftes hat sich manches geändert.

Frauenemanzipation und Sexualität sind Standardthemen aller Klassen der Bewusstseinsindustrie geworden. Von Tabuierung kann in diesem Medium keine Rede sein, eher von Vereinnahmung. Fragen der Geschlechtsliebe werden von ihnen behandelt wie Waschmittel und Autos von der Werbung: verdinglicht zu Fragen des Konsums. Nach der sexuellen Ausstattung der Waren kommt die Herrschaft der Warencharaktere über die Sexualität. Die Tabus stehen nicht mehr gegen Sexualaufklärung überhaupt, vielmehr sind sie, in der Gestalt von Konsumzwängen, in solche >Aufklärung< hineingenommen. Die >Moden< sind den Protesten jeweils ein Stück voraus, davor schützt keinen Twen seine Mädchenfrisur. Die Umsetzung sexueller Erregungen in ökonomisch profitliches Verhalten findet direkter statt als je zuvor. Die neuen Erscheinungen sind auf dem Hintergrund einer veränderten Ökonomie zu studieren. Bloße Ideenanalyse greift zu kurz. Die großen Veränderungen wurden nicht durch politische Ideen hervorgerufen, nicht einmal durch rechtsradikale. Die Erfindung der hormonalen Steuerung der Empfängnis hat die moralisch-politische Diskussion um das Recht der Frauen auf ihren Körper unterlaufen. Der Bedarf an Arbeitskräften hat mehr Emanzipationspolitik gemacht als alle Sozialpolitiker und Justizbeamte zusammen. Die Freiheitsfreunde sind nicht etwa hilfloser als ihre konservativen Gegner, die an der Regierung sind. Ökonomische Gesetze brechen sich ihre Bahn mit der Gewalt neuer Produktionsweisen. Dass die jungen Frauen der Unterklassen nicht mehr als Dienstmädchen arbeiten, ist nicht mit Inseraten der Aktion Gemeinsinn zu bekämpfen. Der Prozess der Neugliederung des Berufs- wie des Familienlebens wird in erster Linie nicht

durch Ideen über Haus, Hof und Herd entschieden, auch nicht durch Vorhaltungen über das wahre Wesen der Frau. Gelenkt wird er vielmehr durch die Profitrate und durch die von diesem Korrektiv erzwungenen Umverteilungen in der Sphäre von Produktion und Konsumtion. Derartige Umverteilungen gehen nicht ohne Zerstörungen vor sich. Ihr Gesetz ist unerbittlich: was immer sich nicht mehr lohnt, verschwindet. Ganze Berufsgruppen verschwinden mitsamt ihren besonderen Hervorbringungen kultureller und ökonomischer Art. Gestalten der Liebe sind von dieser Vernichtung ebenso wenig ausgenommen wie Essgewohnheiten. >Dass eheliche Untreue in den höchst industrialisierten Ländern von Jahr zu Jahr üblicher wird, ist alles andere als erstaunlich. Wenn, wie es der Fall ist, die Umwelt zu 99% aus Gegenständen besteht, die im nächsten Jahr durch neue ersetzt werden sollen; wenn es im Jahre 1950 als sozial unmöglich gilt, einen im Jahr 1947 herausgekommenen Wagen, Eisschrank oder Fernsehapparat zu besitzen, dann ist Treue bereits umgewertet, dann ist sie zur Sabotage der Produktion, also zur Untugend geworden... Darf man von John Doe, der alle drei Jahre dazu gedrängt wird, sein Auto gegen ein neues umzutauschen, erwarten, dass er sich mit dem vor zehn oder zwanzig Jahren erworbenen Modell seiner Frau, die im Jahre 1935 als fabrikneu gegolten hatte, nun aber total ramponiert ist, zufrieden gebe? ... — Dies ist der Zusammenhang, in dem das gigantische Verjüngungs- und Kosmetikracket in den Staaten gesehen werden muss. Natürlich gilt das nicht nur von der Frau in den Augen des Mannes, sondern ebenso vom Mann in den Augen der Frau. Kurz: steigendes Kauftempo ruiniert die Institution der Ehe.⁵ Ist den progressiven Vorstellungen von der Emanzipation der Einfluss auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens weitgehend versagt geblieben, so werden sie doch

⁵ Günther Anders, *Philosophische Stenogramme*, München 1965, S. 66f.

durch ihre Gegner verknüpft mit der Schadensseite der Entwicklung. Die Progressiven müssen darauf antworten mit der Einbeziehung der sexuellemanzipatorischen Vorstellungen und Prozesse in ihre kritische Theorie. Sie müssen erkennen, wieweit ihre Ideen von Gleichheit bloß bürgerliche Warengesetze reflektieren: Gleichheit als Äquivalent im Tausch. Oftmals wird als Emanzipation missverstanden das bloße Durchsetzen der Tauschgesetze auch in den Sphären von Familie und Sexualität. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Stück der Schwierigkeit, Geschlechtsunterschied zu realisieren, sich in emanzipatorischen Gleichheitsvorstellungen rationalisiert. Die Gleichheit, die ein kritischer Begriff von Emanzipation meint, beinhaltet alle mögliche Verschiedenheit, was eine restlose formale Emanzipation selbstverständlich voraussetzt. Um deren Ungenügen in den Griff zu bekommen, gilt es, das Verhältnis von Sexualität und Herrschaft grundsätzlicher in Frage zu stellen, als die Beschränkung auf die Emanzipation der Frau es erlaubt.

W. F. H.

In eigener Sache

Editorial zu *Argument* 36, 8. Jg., 1966, H. 1

Ein Mann, der Herrn K. lange nicht
gesehen hatte,
begrüßte ihn mit den Worten:
„Sie haben sich gar nicht verändert.“
„Oh!“, sagte Herr K. und erbleichte.

In den sieben Jahren ihres Erscheinens hat diese Zeitschrift sich immer wieder verändert. Es begann mit Flugblättern, abgezogen im Keller des Berliner SPD-Hauses unter misstrauischer Duldung von Oben, freundlichst unterstützt, mit Ratschlägen und Papierzuwendungen, vom Untersten im Hause, dem Drucker Paule Hahn, dessen Arbeitsplatz der Keller war; verteilt sodann auf der Straße, vor den Universitäten zumal. Aufrufe, Informationen, Gedichte — ausgerichtet auf die Weltgefahr Nr. 1: die Atombombe.

Wo Ideen ohnmächtig sind, entlädt sich das Leiden unter den Verhältnissen leicht als Wut gegen das bloße Reden. „Bei Diskussionen kommt eh nichts heraus“, lautet die Formel, mit der die richtige Meinung resigniert. Es galt, die Argumentation vor den Folgen ihrer Ohnmacht zu retten. Wir mussten lernen, was jede Generation unter anderen Bedingungen lernen muss: auf lange Sicht zu arbeiten, jene lebensfähige Verbindung von Ungeduld und Geduld herzustellen, ohne die man über kurz oder lang doch resigniert. Wir mussten lernen, Einsichten aufzubewahren und mit anderen Einsichten zu verknüpfen, wenigstens die *theoretische* Beziehung zwischen den verschiedensten gesellschaftlichen und privaten Lebensbereichen herzustellen, wo die *praktische* versagt blieb.

Wie von selbst ergab sich so die Form, die wir uns nach und nach zum Programm machten und in der die Zeitschrift sich zu Beginn ihres 8. Jahrgangs vorstellt:

Das ARGUMENT wird von (vorwiegend jungen) Wissenschaftlern gemacht, als wissenschaftliche Zeitschrift. Wissenschaft ist, so sehr es viele ihrer Vertreter leugnen mögen, innerlich nie unpolitisch, sondern vielmehr selber ein gesellschaftliches Verhältnis. Entscheidend für den hier angestrebten Begriff von Wissenschaft ist der Versuch, diese ihre Dimension mitzureflektieren. Nicht von außen soll irgendein politisches Engagement an sie herangetragen werden. Sondern kraft ihres Inbegriffs, der Vernunft, soll sie an die geistigen, politischen und ökonomischen Versuche der Menschen, „aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit herauszutreten“, gebunden bleiben. Die wir frühzeitig die Ohnmacht bloßer Meinungen kennen gelernt haben, hier versuchen wir Wissenschaft zu treiben im Interesse der Freiheit.

Dabei können wir nicht einmal mehr, wie die *Deutsch-Französischen Jahrbücher* vor 120 Jahren, deren späte Nachfolger wir in mancher Hinsicht sind, ohne weiteres davon ausgehen, „dass die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewusstsein besitzen muss, um sie wirklich zu besitzen“. Eher schon können wir davon ausgehen, dass unsere Adressaten längst unter dem Alptraum der falschen Gesellschaft leiden, von der sie nur den Begriff besitzen müssen, damit ihr Leid sich in befreiende Energie umwandle.

Zur Diskussion um Faschismus und Kapitalismus

Editorial zu *Argument* 47, 10. Jg., 1968, H. 3

Die folgenden Diskussionsbeiträge fragen nach dem Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus. Ausgangspunkt der Diskussion sind eine Reihe von Argument-Aufsätzen über die nationalsozialistische Wirtschaft, über Politik und Wirtschaft im NS und über die Faschismustheorie der DDR. Zum ersten Mal beteiligen sich junge Wissenschaftler aus der DDR an unserer Diskussion; zwei der folgenden drei Beiträge stammen von ihnen.

Die Versuche, den Faschismus unter Absehung von der ökonomischen Basis, die ihn hervorbrachte, zu erklären oder oft nur phänomenologisch zu beschreiben, haben immer mehr ihre wissenschaftliche Glaubwürdigkeit verloren. Andererseits steht, so scheint uns, eine marxistische Theorie, die das historische Material ex post aufgenommen und theoretisch verarbeitet hätte, noch aus — trotz vieler brauchbarer Ansätze.

In den politischen Kämpfen fungiert das Wort ‚Faschismus‘ weithin als Schimpfwort; es gibt heute in der BRD keine politische Richtung mehr, aus der es nicht gegen andere Richtungen geschleudert würde. Auch die Linke, die allein dem Begriff sein reales Gewicht geben kann, verwendet ihn häufig als Reizwort, das man auf Verdacht hin und zur Auslösung von Abwehrreaktionen fast beliebig montieren kann. Die NPD aber und mit ihr die ‚national‘ gesinnten Kreise gerieren sich als Verteidiger der Demokratie gegen einen Popanz namens „Linksfaschismus“ — in der Gewissheit, dass Besitz, Macht und manipuliertes Vorurteil im Ernstfall doch lieber zum

Rechtsfaschismus greifen werden.

In dieser Situation scheint uns die Diskussion um die ökonomische Basis des Faschismus von vordringlichem Interesse. Die folgenden Diskussionsbeiträge bringen eine Menge aussagekräftiger historischer Belege für personelle und interessenmäßige Verknüpfungen in der Machtelite und für die Macht- und Marktprobleme des oligopolistischen Kapitalismus, die seine Repräsentanten den Faschismus einer bürgerlichen Scheindemokratie — mit der ihr innewohnenden „Gefahr“, reale Volksherrschaft zu werden — vorziehen ließen.

So sehr wir in vieler Hinsicht mit Tendenz und Argumentation der Beiträge aus der DDR übereinstimmen, scheint uns doch, dass die marxistische Theorie mehr zu leisten vermag als das bloße Beibringen von Belegen für die formelhafte, zu ihrer Zeit gewiss nicht schlechthin unbrauchbare Faschismus-Erklärung Dimitroffs, derzufolge der Faschismus „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sei. Erforderlich scheint uns der Rückgang auf die Methode und Begrifflichkeit, wie Marx sie im *Kapital* zur Erklärung gesamtgesellschaftlicher Erscheinungen und Tendenzgesetze entwickelt hat.

Die folgenden drei Beiträge sprechen nicht das letzte Wort. Wir werden die Diskussion in dieser Zeitschrift fortsetzen.

Zum Einmarsch der Armeen des Warschauer Pakts in die ČSSR (1968)

Editorial zu *Argument* 48, 10. Jg., 1968, H. 4/5 (Oktober)

Vorbemerkung: Die Redaktion war in dieser Frage gespalten. Daher wurden drei Editorials aneinandergereiht: der erste Teil von Günther Anders, der zweite von mir, der dritte von Friedrich Tomberg. Weil dieser Kontext fürs Verständnis meines Textes entscheidend ist, ist es im Folgenden dokumentiert. WFH

I.

Schadenfroh reiben sie sich nun die Hände, patronisierend klopfen sie Dubček auf die Schultern, so als wäre der ein vielversprechendes Juniormitglied im Aufsichtsrat der ‚freien Welt‘; und nichts ist ihnen als Zeugnis gegen den Sozialismus willkommener als die Tatsache, dass ein sozialistischer Staat, der übermächtige unter diesen, einen anderen sozialistischen Staat vergewaltigt. Beinahe könnte man, wenn man ihre Blätter liest, glauben, dass es in der Welt der kapitalistischen Staaten Vergewaltigung überhaupt noch niemals gegeben habe. Gleichviel, schadenfroh reiben sie sich nun die Hände, während die wirklichen Sozialisten, gleich ob einer Partei angehörig oder nicht, empört, beschämt und verdüstert dabeistehen und genau wissen, dass was die als die Entlarvung des Sozialismus, als dessen ‚Brauch‘ hinstellen, mit dessen Zielsetzung und Wesen nichts zu tun hat, nicht das mindeste, vielmehr dessen haarsträubender Missbrauch ist. Trotzdem gilt in gewissem Sinne, dass die Vergewaltigung der ČSSR schlimmer ist und beklagenswerter und beschämender als jene Vergewaltigungen, an die wir in

der nicht-sozialistischen Welt täglich gewohnt sind; schlimmer deshalb, weil sich diese Vergewaltigungen eben bei ‚uns‘: nämlich unter Sozialisten abspielen und weil das Verhältnis der Staaten untereinander, das wir als Sozialisten verlangen, schließlich ein anderes ist als das, an dem die kapitalistischen Staaten interessiert sind. Und schlimm ist es schließlich für uns, dass wir mit jenen reaktionären Regierungen in Washington, London, Paris, Bonn etc., deren Politik wir hatten bekämpfen müssen, nun plötzlich eine einzige und geschlossene Front zu bilden scheinen. Aber diese Tatsache, wie desorientierend sie auch sein mag, darf uns nicht davon abhalten, unserer Empörung über das Unrecht, das stattgefunden hat und auch heute noch stattfindet und morgen gewiss noch nicht vorbei ist, unzweideutig Ausdruck zu geben.

Andererseits müssen wir es freilich unter allen Umständen vermeiden, dass unsere Schreie mit den gleichzeitigen Schreien der Reaktion zu einem einzigen Schrei zusammenschmelzen. Durch die Tatsache, dass die UdSSR die ČSSR überrollt hat, ist die ‚freie Welt‘ nicht moralischer geworden. A's Unrecht steigert nicht B's Tugend, und wir sind durch dieses Unrecht unseren alten klassischen Gegnern in Washington oder Bonn nicht etwa näher gerückt. Die Tatsache, dass viele Reaktionäre Dubček nun loben, die spricht nicht im mindesten für sie, ebenso wenig gegen Dubček, sondern allein gegen jene, die es durch ihre Invasion fertiggebracht haben, sich in Konflikt nicht nur mit den reaktionären Kräften der kapitalistischen Welt zu bringen, und in Konflikt nicht nur mit den Dubčeks, sondern auch mit denen, die, wie wir, nicht unbedingt jeden Schritt der Prager Regierung gutgeheißen haben, aber unbedingt deren Recht auf einen eigenen Weg verteidigen. Keine Frage: in wenigen Tagen werden wir von den grands simplificateurs, die alle Gegner über einen einzigen Kamm scheren, ‚konterrevolutionär‘ genannt werden und

„Freunde und Steigbügelhalter der Nixons und der Straußens“. Das ist schrecklich, aber es gehört unvermeidlich zu den täglichen Risiken der politischen Existenz heute.

Ergo: Unter keinen Umständen dürfen wir, die durch die Ereignisse Verdüsterten, zu Alliierten derer werden, die diese Entwicklung schadenfroh begrüßen, unter keinen Umständen dürfen wir in deren Chor einstimmen oder gar (wofür sie bereits gute Honorare bereithalten) als deren solistische Chorführer auftreten. Wer von uns seine Trauer- und Empörungstimme ihrem Jubelchor zur Verfügung stellt, der fügt dem Verrat am Sozialismus, der stattgefunden hat, noch einen weiteren Verrat hinzu.

Nein, Zusammenarbeit mit denen, die erst heute ihr Herz für Dubček und ihre Passion für Sozialismusvarianten und für Gewaltlosigkeit entdeckt haben, ist unmöglich. Wer gegenüber der Aggression der Vereinigten Staaten, gegenüber der Verwüstung des vietnamesischen Landes und der vietnamesischen Bevölkerung durch die US Army gleichgültig geblieben war oder diese gar gerechtfertigt hatte, der hat kein Recht auf Protest gegen das Unrecht, das nun Prag angetan wird. Und wenn diese frischgebackenen Moralisten von rechts nun mit großzügiger Geste versuchen sollten, uns als fröhliche Mitkrieger in eine von ihnen dirigierte kalte Volksfront einzuladen, oder auch nur uns von dieser nicht auszuschließen, dann müssen wir ihnen den Rücken kehren, denn was wir zu tun haben, das ist nicht, den Sozialismus, sondern dessen Degeneration zu bekämpfen; und die Selbstzerstörung des Sozialismus zu verhüten.

Mit diesen falschen Bundesgenossen haben wir um so weniger etwas gemein, als es absolut unerlaubt ist, das, was heute der ČSSR angetan wird, mit dem in einem Atem zu nennen, was die ‚freie Welt‘, mindestens die amerikanische

Regierung in deren Namen, dem Lande und dem Volk von Vietnam antut. Zwar gibt es nichts, was die sowjetische Aktion rechtfertigen könnte. Trotzdem gilt, dass die Sowjetunion die ČSSR nicht verwüstet hat, auch nichts, was einem Genocid auch nur entfernt ähneln könnte, unternommen hat, während die US Army den Völkermord in Südostasien nicht nur täglich und methodisch durchführt, sondern, wenn auch unter Vermeidung dieses Ausdrucks proklamiert. Und ferner gilt, dass die Möglichkeit einer Räumung der ČSSR durch die UdSSR durchaus besteht, während die USA die Abertausende von verbrannten und zu Tode gefolterten Vietnamesen nicht wieder ins Leben zurückrufen können.

Ich wiederhole: unsere Verdammung der Okkupation der ČSSR durch die Russen ist unzweideutig. Aber den Anspruch darauf, zwischen den Nuancen der Infamien noch Unterscheidungen zu treffen, diesen Anspruch und dieses Recht dürfen wir uns auch in dieser dunkelsten Stunde nicht aus der Hand schlagen lassen. Günther Anders

II.

Eines ist der Einmarsch in die CSSR. Ein anderes ist seine Verwertung im weltweiten Bürgerkrieg der Meinungen. Es gilt Distanz zu wahren von all denen, für die der Einmarsch bloßer Anlass war, willkommener zudem, die Nachfrage nach ihren Auffassungen vom Sozialismus zu steigern. Distanz auch gilt es zu halten von den Interessen westlicher Oligarchien, die nun geschädigt sind.

Aber diese Distanz zu wahren, aus der sichtbar würde, was uns wirklich angeht, scheint fast unmöglich. Eine immense Verwertungsindustrie

überflutete vor allem die Bundesrepublik mit den unglaublichsten Gerüchten und Falschmeldungen, mit gefälschten Gefühlen und scheintheoretischen Phrasen. Es war, als wäre eine Hemmung und vorsichtige Selbstzensur abgefallen. Die Informationen, die über den amerikanischen Krieg in Vietnam durchgesickert waren, hatten bislang so manche aggressive Selbstrechtfertigung der „Freien Welt“ des Kapitalismus gelähmt oder doch verkompliziert. Viele Liberale, die auf Humanität wert legen, waren angesichts des Genozids innerlich zerrissen und fast gegen ihren Willen zu sozialistischen Konsequenzen gezwungen. Ihrem Kompensierungsbedürfnis galt wohl der ungeheure Aufwand, den Fernsehen, Rundfunk und Presse nun trieben. Eine ganze Industrie arbeitete auf Hochtouren daran, die latenten Schuldgefühle ob des amerikanischen Genozids in Vietnam mit Prager Gräueln zu kompensieren. Der Erfolg ist oft niederschmetternd. Viele ‚Wohlmeinende‘ schütteln jetzt die wie eine unbequeme Last getragenen bruchstückhaften begrifflichen Einsichten ab, wie man wohl ein lästiges Über-Ich abschütteln möchte. Die politische Polizei gar nützte die durch das Kompensationsbedürfnis der ‚Liberalen‘ ermöglichte Chance auf ihre Weise: in Berlin beschlagnahmte sie das Konto einer Sammlung für die südvietnamesische Befreiungsfront. Unter Ausnutzung desselben Meinungsdrucks gelang es der sozialdemokratischen Führung, den IG-Metall-Kongress zu entpolitisieren und auf Kurs der Großen Koalition zu bringen. Nach einer Umfrage der Wickert-Institute waren Ende August 89 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger der Meinung, die Kommunistische Partei solle in der BRD „nie wieder“ zugelassen werden, während drei Monate zuvor nur 43 Prozent sich gegen eine Wiedezulassung der KP ausgesprochen hatten. Der auf der Linken oft geäußerte Vorwurf gegen die Sowjetunion, ihr Vorgehen bewirke Rückschläge für die fortschrittlichen Bewegungen in der

ganzen Welt, ist offensichtlich nur allzu begründet. Doch geht, wenn wir den Spieß nicht umdrehen, auch dieser Stich ins eigene Auge. Zu analysieren sind die Bedingungen für die Möglichkeit derartiger irrationaler Meinungsumschwünge. Was so leicht umfiel, das stand auf falschen Grundlagen.

Als Antwort auf die Besetzung der ČSSR scheint sich in einigen kommunistischen Parteien westlicher Länder vollends die Unabhängigkeit von der Sowjetunion durchzusetzen. Diese Unabhängigkeit ist für uns, die wir nie organisatorisch abhängig waren, nichts Neues. Neu ist dagegen für viele von uns die Einsicht, dass wir uns von der ‚linkoliberalen‘ Öffentlichkeit unabhängiger machen müssen. Es war dies den vergangenen Wochen für den, der dem ungeheuren Propagandasog nicht erlegen ist, eine Erfahrung zu machen, die sich umschreiben lässt als „Abschied von der Frankfurter Rundschau“. Sie betrifft um nichts weniger die ZEIT und ähnliche Organe. Rückblickend ist man versucht zu meinen, dass es vielleicht nur der Abschied von einer Illusion ist. Denn diese linkliberale Öffentlichkeit war immer nur eine Teilwirklichkeit. In der Situation der vergangenen Wochen, unterm doppelten Stress der Propagandakampagne im Westen und des Einmarschs hat das geringe Informationsprivileg, das wir der linkliberalen Presse bisher verdankten, sich zur schauerlichen Karikatur seiner selbst verwandelt. Es wurde zum Privileg, sich mit Schmalz und Heuchelei nach kleinbürgerlichem Geschmack versorgen zu lassen. Elitäre konservative Zeitungen, die sich an staatstragendes Publikum richten und ihre Leser daher nicht so direkt über den Löffel balbieren müssen, informierten etwas korrekter. — Fällig wäre eine Untersuchung der Meinungskampagne der letzten Wochen; an ihr wäre noch mehr zu lernen, als an der Untersuchung antistudentischer Kampagnen der Springer-Presse zu lernen war. W.F.H.

III.

Zum besseren Verständnis der Situation empfiehlt sich eine nähere Betrachtung des „Kalten Krieges“, dieses Abkömmlings des Klassenkampfes. Allein von der Analyse seines Wesens und seiner Gesetzmäßigkeiten her fällt Licht auf den Prager Konflikt sowohl als auf dessen ideologische und propagandistische Ausbeutung im Westen.

Auch der Kalte Krieg ist Krieg. Es sind primär nicht der sogenannte Westen hier und der sogenannte Osten dort, die miteinander im Kampf stehen, sondern kapitalistische und sozialistische, demokratische etc. Kräfte. Aber beide haben ihr Machtzentrum in einem bestimmten Staatensystem, und so hat die soziale Auseinandersetzung im Nachkriegseuropa vorrangig die Form einer Rivalität zwischen den „Blöcken“ angenommen. Das Interesse des bloßen Überlebens gebietet allen Beteiligten, diese Rivalität nicht in eine militärische Auseinandersetzung übergehen zu lassen. Der in sich widersprüchliche Kapitalismus hat sich diesem elementaren Gebot der Vernunft fügen müssen. Er hat die Wandlung des Kalten Krieges von einer Übergangsphase zwischen zwei heißen Kriegen zur friedlichen Koexistenz hinnehmen müssen. Deren oberste Spielregel lautet: Anerkennung des Status quo in Europa. Diese Regel wird nur noch von der BRD offen boykottiert. Ein Staat, der die unerlässlichen Vorbedingungen der friedlichen Koexistenz nicht achtet, handhabt damit aber den Kalten Krieg doch wieder als die Vorstufe eines heißen Krieges.

Man hat jedoch aus der gewinnbringenden Niederlage im Kalten Krieg gelernt. Man lässt nicht gleich wieder seine tollsten Hunde los. Man hat

eingesehen, dass die sozialistische Großmacht sich durch die Drohgebärde einer Politik der Stärke nicht einschüchtern lässt. Man hat die bittere Erfahrung machen müssen, dass es den hungernden Brüdern und Schwestern im Osten zu gut geht, als dass sie bereit wären, zu der vorgesehenen ersten Grenzbereinigung das Ihrige zu tun. Und so hat man sich der von den anderen längst betriebenen Politik der Entspannung doch angeschlossen, nachdem man der in ihr liegenden Möglichkeiten gewahr geworden war. Es begann die Offensive des Lächelns. Die Bestie gab sich von der gemütlichen Seite, sie hofierte diejenigen, die sie kurz zuvor noch hatte fressen wollen. Der Erfolg war über alles Erwarten. Es standen auf der anderen Seite ja Menschen, die ihr Leben dem Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft gewidmet hatten und die glaubten, dass die Völker Europas hierzu eines Tages auch bereit sein würden. Nun schien der Tag gekommen. Sie übersahen, dass die Politiker der Stärke von ihren auf die Entmachtung des Sozialismus gerichteten Plänen nicht einmal zum Schein abgerückt waren und dass daher die einzige wirkliche Großmacht des Sozialismus sich gerade durch die Arglosigkeit provoziert fühlen musste, mit der ihre Freunde den Sozialismus in dem Augenblick glaubten durch eine zwanglose spontane Bewegung verwirklichen zu können, in dem ihr Land zum Schlachtfeld des Kalten Krieges wurde.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben zugeschlagen --- ob zu Recht oder zu Unrecht, ob in kluger Abschätzung der Lage oder aus einer plötzlich ausbrechenden Panikstimmung heraus, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die kalten Krieger lächeln nur noch krampfhaft. Aber der Schlag hat den alten Kämpfern auch Gewinn eingebracht. Die sozialistische Welt ist zerstritten. Wenn auch niemand so recht weiß, wie es dazu kommen konnte, so fühlen doch alle: dazu durfte es nicht kommen. Man wird lernen müssen.

Man wird sich deutlicher bewusst machen müssen, dass eine Bestie, ob blond oder braun, auch wenn sie lächelt, immer noch eine Bestie bleibt. Und vor allem wird man sich für den bevorstehenden Wechsel der Taktik rechtzeitig wappnen müssen.

Die kalten Krieger des westdeutschen Kapitals werden auch in Zukunft von der Politik der „Entspannung“ nicht abgehen. Es bleibt ihnen keine andere mehr. Aber sie werden ihr nur durch eine verzweifelte Flucht nach vorn noch einen reaktionären Inhalt geben können. Sie wissen längst, dass an einer Anerkennung der DDR nicht mehr vorbeizukommen ist. Die für die DDR dadurch gegebene äußere Sicherheit wird den Prozess der Verwirklichung des Sozialismus im Innern vorantreiben. Sie wird aber auch dem Machtapparat der psychologischen Kriegsführung neue Mittel in die Hand geben, um die Köpfe zu verwirren und den Sozialismus in dessen eigenem Namen zu zerstören. Eine neue Offensive, wenn nicht des Lächelns, so doch der Menschlichkeit oder der Brüderlichkeit, steht bevor. Dass die sozialistischen Staaten sich nicht scheuen werden, ihr notfalls mit Waffengewalt zu begegnen, ist seit einigen Wochen unzweifelhaft. Der Sozialismus darf die Macht, die er einmal errungen hat, nicht wieder aufs Spiel setzen. Das mussten sich die Prager Reformer von den Sowjets sagen lassen. Aber sozialistische Politik erschöpft sich nicht im Erringen und Bewahren der Macht, auch nicht im Weitertreiben der ökonomischen Entwicklung; sondern erst wenn, hierauf basierend, die Sozialisten selbst durch moralische Integrität, durch wahrhafte Aufklärung und durch eine humane Praxis auch gegenüber den Andersdenkenden die Massen zu überzeugen und zu aktivieren vermögen, hat die Gegenrevolution ihr Spiel endgültig verloren. Das hat uns, trotz allem, was da ungebeten sich eingemischt hat, die wirkliche tschechoslowakische Reformbewegung lehren können. F.T.